

Monatsspiegel



Mai 2009



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

1. Mai 2009: Arbeit für alle bei fairem Lohn!

Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes Erlangen zum Ersten Mai 2009

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist das Ergebnis einer unkontrollierten Marktwirtschaft, die in den letzten zwanzig Jahren eine Schutzregel nach der anderen abgeschafft hat. Ob Deregulierung, Privatisierung oder Prekarisierung – alles was eine schnellere und höhere Rendite versprach wurde durchgesetzt – Unternehmen wurden geschlossen und die Arbeitsplätze vernichtet, weil die Rendite nicht zweistellig war. Am Finanzmarkt wurden entsprechend höhere Gewinne versprochen.

Wer warnte wurde nicht ernst genommen. Wer vor den sozialen und ökologischen Folgen sprach wurde als „ewig Gestriger“ verhöhnt. Heute wissen wir es besser. Milliardenwerte sind bereits vernichtet. Nachdem gigantische Gewinne privatisiert wurden, werden jetzt die Verluste sozialisiert. Summen, mit denen man für Jahrzehnte Kranken- und Ren-

tenversicherung gerecht hätte finanzieren können, müssen heute für den Erhalt von Banken aufgebracht werden. Deren Erhalt ist erforderlich, um einen noch katastrophaleren Kollaps zu verhindern. Gleichzeitig wird Betrieben der Realwirtschaft dringend benötigtes Geld von den eben noch mit unseren Geldern geretteten Banken nur noch zu unerschwinglichen Zinsen angeboten. Insolvenzen in Klein- und Mittelbetrieben sind die Konsequenz.

Auch in Erlangen und Erlangen Höchststadt hat die Krise Namen bekommen: Leiharbeiterinnen, gestern noch als Arbeitsmarktwunder gefeiert, sind inzwischen die ersten Verlierer. Kurzarbeit bei Siemens und Existenzgefährdung bei Schaeffler finden noch Niederschlag in den Medien. Die Entlassung von fast 20% der Mitarbeiterinnen bei Sylvania, der Abbau von 2/3 der Belegschaft bei SFS und Arbeitsplatzverluste in vie-

len Klein- und Mittelbetrieben gehen in der Öffentlichkeit unter. Dabei ist die Talsohle der Entwicklung längst noch nicht erreicht.

Der G20-Gipfel der wichtigsten Wirtschaftsnationen hat einige Versprechungen für die Kontrolle der Finanzmärkte gebracht. Noch sind es aber nur Versprechungen in der Not! Eine ehrliche Ursachenanalyse ist ausgeblieben. Eine Neuaufgabe des Neoliberalismus ist nicht auszuschließen: Kosten senken, Arbeitszeit verlängern, Leiharbeit zu Billigtarifen ausdehnen, Kündigungsschutz aufweichen, Unternehmenssteuern senken, Sozialleistungen streichen – einige Auswüchse werden beseitigt. Danach geht der gleiche Kreislauf von vorne los. Nur dass die nächste Krise noch etwas tiefer geht.

Es kann auch anders gehen. Es wird ein echter gesellschaftlicher Reformprozess
Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

05.05.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Orpheus	S. 15
05.05.	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	Orpheus	S. 19
07.05.	20:00	Kreisvorstand	Orpheus	S. 6
08.05.	11:00	Gedenkveranstaltung für Michael Poeschke	Michael-Poeschke-Schule	S. 6
12.05.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 16
13.05.	15:00	60plus: Besuch im Friedensmuseum	Nürnberg, Kaulbachstraße 2	S. 18
13.05.	20:00	Distrikt Anger: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 14
13.05.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 15
14.05.	19:00	Kreismitgliederversammlung	VHS, Großer Saal	S. 3
14.05.	20:00	Veranstaltung „Bildung als Ware...“	VHS, Großer Saal	S. 3
15.05.	20:00	Linkes Forum Erlangen	Orpheus	S. 8
16.05.	20:00	Distrikt Anger: Fraktion vor Ort	Bürgertreff Isarstraße	
19.05.	20:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 14
19.05.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Gasthaus „Zur Einkehr“	S. 16
19.05.	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 19
20.05.	20:00	Veranstaltung "Frauen in Serbien"	VHS, Großer Saal	S. 7
26.05.	17:00	Geburtstagsempfang für Heide Mattischeck	Kosbacher Stadl	S. 4
26.05.	20:00	Distrikt Frauenaarach: Distriktsversammlung	AWO-Raum	S. 15
27.05.	20:00	Arbeitskreis Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 6
02.06.	18:00	Jusos: Jusos am Berg	Eiscafé Venezia (Treffpunkt)	S. 19

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt

Vorsitzender: Dieter Rosner
Geschäftsführerin: Sabine Wehner
Friedrich-List-Straße 5
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen, BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 10:00 bis 12:00 Uhr
Dienstag 10:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch 10:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag 16:00 bis 18:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber

SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung

Philipp Dees
Lichtenfelser Weg 6
91056 Erlangen
Telefon: 09131-483791
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gruner Druck, Erlangen

Auflage: 700 Stück

begonnen. Der Staat erweist sich als gestaltungsfähig und bringt massive Investitionen in die entscheidenden Zukunftsfelder Bildung, Forschung und Entwicklung, Innovation und ökologischer Umbau auf den Weg. Soziale Dienstleistungen werden ausgebaut. Hohe Einkommen und Vermögen werden wieder stärker zur Steuerzahlung herangezogen. Mitbestimmung in den Betrieben und politische Teilhabe in der Gesellschaft werden ausgebaut. Wo Belegschaften zur Krisenbewältigung herangezogen werden müssen geschieht das auf Dar-

lehensbasis oder Beteiligung am Unternehmen. Nach der Rettung der Banken brauchen wir ein erneutes Milliardenpaket zur Stützung der Realwirtschaft. Nicht nur, aber auch für Opel und Schaeffler. Gleichzeitig muss der Kapitalmarkt den Bedürfnissen der Realwirtschaft angepasst werden. Das heißt: Bezahlbare Kredite für kleine und mittlere Unternehmen.

Die Werte der Gewerkschaften sind tief verwurzelt in der Arbeiterbewegung, aber sie haben ihre Ursprünge ebenso in der christlichen Soziallehre, in den Bür-

gerrechtskämpfen und den neuen sozialen Bewegungen, Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit sind universelle Werte, die die Richtschnur für unser gewerkschaftliches Handeln sind. Dazu gehören heute ebenso Anerkennung, Respekt und Würde, die auf die Wertschätzung des Einzelnen zielen.

Die Alternative zum „weiter so“ kommt nicht von allein.

„Arbeit für Alle bei fairem Lohn!“ das Motto zum 1. Mai 2009 – auch in Erlangen!

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur unserer nächsten

Kreis- mitgliederversammlung

**am Donnerstag, den 14. Mai 2009,
19.00 (!) Uhr**

**Volkshochschule, Großer Saal, Friedrich-
straße 19**

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Nachwahlen von Vertreterinnen und Vertretern der Distrikte im Kreisvorstand
2. Aktuelles und Verschiedenes

Im Anschluss an eine kurze KVM laden wir euch direkt anschließend ab 20:00 Uhr ein zur

öffentlichen Diskussions- veranstaltung „Bildung als Ware oder wahre Bildung?“ mit Prof. Dr. Jochen Krautz

Bildung ist das Thema unserer Zeit. Ob PISA-Panik, Elitendebatte, neue Studiengänge oder Beschwörung der Disziplin Schulen und Universitäten stehen mitten im Reformgewitter. Der Markt diktiert, welches Wissen relevant sein soll.

Bildung gerät zunehmend unter den Druck von Kennzahlen, „Output“-Kriterien und unpädagogischem Effizienzdenken. Schulen und Hochschulen werden wie Unternehmen geführt. Der Staat zieht sich aus der Verantwortung, Konzerne diktieren die Bildungsinhalte. Und am wenigsten geht es um die Schüler.

Dass man Menschenbildung nicht messen und zählen kann, gerät immer mehr in Vergessenheit. Bildung wird zur Ware. Es wird immer deutlicher, dass statt Persönlichkeitsbildung eine Ökonomisierung des Geistes droht: Bildung wird nicht nur materiell zur Handelsware, zur „Dienstleistung“, sondern Denken und Fühlen werden auf Effizienz, Konkurrenz und ein unhinterfragtes Mitschwimmen als flexibler, „kompetenter“ und natürlich „kreativer“ Arbeitnehmer in globalisierten Konzernen zugerichtet.

Von WTO bis Bertelsmann bestimmen internationale Wirtschaftsorganisationen und Konzerne unsere derzeitige Bildungsdebatte. Eine ökonomisierte Bildung droht letztlich zur geistigen und seelischen Vorbereitung auf weltweite wirtschaftliche Ausbeutung und Krieg zu werden.

Der Pädagoge Jochen Krautz entlarvt die ökonomische Ausrichtung der deutschen Bildungspolitik. Anhand zahlreicher Beispiele - vom Kindergarten bis zur Hochschule zeigt er, wie die Bildung immer mehr zur Ware schrumpft. Er analysiert diesen Prozess in seiner ganzen Tragweite, benennt die dafür Verantwortlichen und plädiert für eine Pädagogik, in deren Mittelpunkt endlich wieder der Mensch steht.

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

Herzlichen Glückwunsch Heide!

Unsere ehemalige Bundestagsabgeordnete Heide Mattischeck feiert am 26. Mai ihren 70. Geburtstag.

Der Unterbezirk Erlangen lädt aus diesem Anlass ein zu einem

Geburtstagsempfang am Dienstag, den 26. Mai um 17.00 Uhr in den Kosbacher Stad'l

Die Festrede wird Dr. Dietmar Hahlweg halten.

Anmeldungen bitte beim Unterbezirk Erlangen 8126511

Heide wurde als Heide Elisabeth Malinde Trenkelbach am 26. Mai 1939 in Berlin Charlottenburg geboren. Berlin, der geographische und politische Ort, weitete den Horizont und prägte Politikstil und Kommunikationsverhalten von Heide Mattischeck.

Sie hat sich über all die Jahre, in denen sie in Franken heimisch geworden ist, in Sprachfärbung, Sprachduktus und Gesprächsverhalten eine liebenswürdige, humorvolle und zugleich erstaunlich beharrliche Schnoddrigkeit erhalten.

Heide Mattischeck war bis 1961 ortsfest in Berlin ansässig - sieht man einmal vom kriegsbedingten Pommernaufenthalt ab, eine Folge der schweren Luftangriffe auf die Reichshauptstadt. Schulbesuch ab 1945, abgeschlossen mit dem Abitur 1958, dann im Anschluss eine Stammhauslehre für drei Jahre bei Siemens-Halske. – Und in diesem Zusammenhang wurde sie auch zum ersten Mal mit Erlangen konfrontiert, 1961, im Rahmen ihrer Ausbildung.

Schon vier Jahre später, 1965, gerade ein Jahr verheiratet, war der endgültige Umzug nach Erlangen fällig. Wieder arbeitete sie bei Siemens, nun in der Zentralverwaltung, mit ersten Erfahrungen im EDV-Bereich. Heide blieb in Erlangen und lernte die Stadt schätzen und lieben.

1966 dann die Geburt von Sohn Fabian, junges Ehe- und Familienglück mit Mutter- und Erziehungspause, dann politisiert durch die Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg, motiviert durch die aufbrechenden Strukturen infolge der 68er Be-

wegung, 1969 Eintritt in die Erlanger SPD.

Angetrieben durch konkrete Stadtteilarbeit in Bruck und motiviert durch die damalige Aufbruchstimmung in der SPD Willy Brandts fühlte sich Heide rasch bei der SPD zuhause. Am Anfang ihres Engagements standen zwei Jahre als Kassiererin des Kreisverbands.

1972 wurde sie Geschäftsführerin des SPD-Kreisverbands Erlangen und 1986 Geschäftsführerin des SPD-Unterbezirks Erlangen. Von 1974 an hat sie als Stellvertreterin unseres verdienten Kreisvorsitzenden Helmut Pfister für viele Jahre unsere Partei an verantwortlicher Stelle mitgeleitet und mitgeprägt.

1972, im Jahr des großen kommunalpolitischen Erfolges von Dietmar Hahlweg und der SPD, ist auch Heide in den Erlanger Stadtrat eingezogen. 1981 wurde sie zur ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Und im März 1988 entschied sich die Stadtratsfraktion für sie als Fraktionsvorsitzende. Das erste Mal in der Geschichte unserer Stadt wurde eine Frau in die Funktion einer Fraktionsvorsitzenden gewählt. Damit war damals auch die Sprecherinnenfunktion für die Bereiche Personal und Finanzen verbunden.

■ **Von Dieter Rosner**
Vorsitzender der SPD Erlangen



Dies zeigt uns eine steile Karriere, die Ausdruck vieler überzeugender Eigenschaften ist. Ihre Aufgabe „hat Heide Mattischeck mit Sachlichkeit und Entschlusskraft, aber auch in einer Weise angegangen, die ihr die Anerkennung des politischen Gegners einbrachte. Wie die Fraktionsvorsitzenden der großen Fraktionen bestätigen können, ist es heute nicht immer einfach, eine Fraktion mit 20 und mehr Individualisten zusammenzuhalten. Sie hat diese Aufgabe mit Bravour gelöst und damit auch zur –Handlungsfähigkeit des Erlanger Stadtrats beigetragen“, so Alt-OB Dietmar Hahlweg 1989.



Diese erfolgreiche Arbeit, wäre aber sicher nicht ohne einen breiten Rückhalt möglich gewesen, der weit über die Partei hinaus sich in dem vielfältigen Engagement von Heide Mattischeck und ihrer guten Verankerung in Erlanger Vereinen und Organisationen widerspiegelte. Ihre kommunalpolitische Arbeit wurde mit der kommunalen Verdienstme-

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Mai Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

- 06.05. Christian Frank
82 Jahre
- 08.05. Günter Braun
70 Jahre
- 17.05. Wiebke Schmielau
60 Jahre
- 26.05. Heide Mattischeck
70 Jahre
- 31.05. Gisela Jellici



daille in Bronze gewürdigt, die der bayerische Innenminister 1992 verlieh.

Und dann der Bundestag:

„Solidarisch bei der Basis fest verankert“, so haben die Erlanger Nachrichten bei der ersten Nominierung 1989 getitelt. Ab 1990 vertrat Heide den Bundestagswahlkreis Erlangen für die SPD in Bonn und dann in Berlin. Von einem Erststimmenergebnis in der Stadt Erlangen, das 1990 über 34% lag, konnte sie sich 1994 auf 39% steigern, um schließlich im September 1998 mit 44,4% in unserer Stadt die meisten Stimmen zu gewinnen. In acht Jahren ein persönlicher Stimmenzuwachs von 10% in Erlangen und ein ähnlicher Erfolg im Landkreis. Dies verdeutlicht, dass es dem SPD-Unterbezirk gelungen ist, mit Heide eine Kandidatin als Abgeordnete zu gewinnen, die persönlich glaubwürdig und politisch überzeugend auf die Menschen zugegangen ist und ganz im Sinne von Willy Brandt

für eine Politik stand und steht, die demokratische und soziale Gestaltungsspielräume bietet.

Und die Wählerinnen und Wähler haben es honoriert, dass hier eine Politikerin tätig war, die den Menschen zuhörte, ihre Anliegen annahm und versuchte, das, was sie gehört hat, in gestaltende Politik umzusetzen. Gerade das zeichnet glaubwürdige linke Politik ja aus.

Als Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion, als bayerische Sprecherin im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und als stellvertretende Sprecherin der SPD im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe war es für Heide nach acht harten Oppositionsjahren möglich, in ihrer letzten Legislaturperiode bis 2002 Regierungspolitik mitzugestalten.

Mit dem Ausscheiden aus dem Bundestag ist Heides politische Aktivität aber lange nicht zu Ende gegangen. Sie hat

sich engagiert in die Führungsarbeit des Unterbezirks Erlangen eingebracht (bis 2007), hat aktiv in den Wahlkämpfen mitgearbeitet, stand den Vorständen immer beratend zur Seite und hat ihre vielfältigen bundes- und bayernweiten Kontakte unterstützend in die Arbeit vor Ort einfließen lassen. Sie war Schatzmeisterin des Landesverbandes Bayern (1991 bis 2007) und ist seit 1999 Mitglied der Kontrollkommission der Bundes-SPD.

Wir danken Heide Mattischeck für ihre aufgeschlossene und sympathische Art, die mit Ecken und Kanten, berlinerisch, aufrichtig, ehrlich, eine solidarische Genossin ist, die unserer Partei zur Ehre gereicht. Herzliche Glückwünsche zum 70. Geburtstag.

Liebe Heide,
lass uns gemeinsam feiern und dann in bewährter Richtung weiter freundschaftlich zusammenarbeiten.

50. Todestag von Michael Poeschke

Wir nehmen den 10. Mai, den 50. Todestag von Michael Poeschke zum Anlass, um an einen großen Erlanger Sozialdemokraten zu erinnern.

Michael Poeschke wurde 1901 als neuntes Kind eines Schneidermeisters geboren. Ab 1915 absolvierte er eine Lehre als technischer Zeichner. Im gleichen Jahr trat er in die sozialistische Arbeiterjugend ein, deren Erlanger Gruppe er von 1919 bis 1923 leitete. 1919 trat er in die SPD ein. Ab 1923 war er Redakteur des Erlanger Volksblattes. 1924 wurde er zum 1. Vorsitzenden der Erlanger SPD gewählt.

Als Redakteur des Erlanger Volksblattes hat er seine Meinung frei geäußert und die Dinge, die ihm damals nicht gepasst haben, die er mit vielen anderen als ungerecht und unmenschlich empfand beim Namen genannt – beschrieben also. Unvorstellbar dass er, genauso wie viele anderen Sozialdemokraten die auch in Erlangen beim Volksblatt gearbeitet haben, wie

zum Beispiel Peter Zink oder Josef Felder, der als Reichstagsabgeordneter gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt hat für seine Gesinnung als Sozialdemokrat im wahrsten Wortsinne bluten musste.

Wie viele Sozialdemokraten war auch

Poeschke Mißhandlungen der braunen Gewalttäter nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ausgesetzt.

Poeschke wurde im März 1933 verhaftet und später ins Konzentrationslager Dachau gebracht. Ende April wurde er kurzzeitig für die Eröffnung des bayerischen Landtages, dessen Mitglied er nach der Neuzusammensetzung geworden war, entlassen.

An der Abstimmung über das bayerische Ermächtigungsgesetz am 29. April 1933, bei der die SPD-Fraktion mit "Nein" stimmte, konnte er nicht teilnehmen; er musste wegen der in der Haft erlittenen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.



■ Von Dieter Rosner

Vorsitzender der SPD Erlangen



Nach einer zweiten Verschleppung ins Konzentrationslager zwischen 1933 und 1934 erhielt er schließlich Berufs- und Stadtverbot. So schlug er sich als Versicherung-Außenstellenleiter in Oberschlesien durch. Den 2. Weltkrieg machte er an verschiedenen Kriegsschauplätzen als Soldat mit. Ende Juli 45 wurde er aus französischer Kriegsgefangenschaft entlassen, kam nach Erlangen zurück.

Am 6. August 1945 wurde er zum 2. Bürgermeister der Stadt Erlangen ernannt. Gut ein Jahr später, am 4. September 1946, wählte ihn der Erlanger Stadtrat als Nachfolger von Anton Hammerbacher zum Erlanger Oberbürgermeister. In diesem Amt wurde er 1948 durch den Erlanger Stadtrat sowie in Direktwahlen 1952 (92,4 Prozent der Stimmen gegen einen Kandidaten der KPD) und 1958 (57,8 Prozent gegen Heinrich Lades, CSU) bestätigt. Ab 1945 gehörte Poeschke auch dem mittelfränkischen Bezirkstag an, dessen Präsident er ab 1954 war.

In die Amtszeit von Michael Poeschke als Oberbürgermeister fällt die Ansiedlung des Stammsitzes der Siemens-Schuckert-Werke in Erlangen, die später in der Siemens AG aufgingen. Erlangen wurde dadurch zur modernen Industriestadt.

Michael Poeschke hat die zentralen Weichen für das Nachkriegs-Erlangen gestellt, für ein Erlangen als blühender Wirtschaftsstandort, für ein Erlangen, in dem aber die Kommunalpolitik auch ihren sozialen und kulturellen Auftrag erfüllte.

Vom Wohnungsbau über die Linderung der Schulraumnot bis zur Förderung der kulturellen Einrichtungen. Poeschkes vernetztes kommunalpolitisches Denken sollte uns heute noch Vorbild und Ansporn sein.

In unserem Buch „120 Jahre Erlanger SPD“ ist nachzulesen:

„Die Liebe zur Natur und seine Wanderfreuden scheinen wesentlich durch seine Lehrer in der Prinzregentenschule geweckt worden zu sein. So galten ihm nicht ferne Länder sondern das Erlanger Land und die Fränkische Schweiz als eigentlicher Erholungsraum. Das einfache Leben im Elternhaus wurde zur Grundlage des sparsamen Stadtoberhauptes, dem jede prunkvolle Repräsentation widerstrebt. Er war ein nüchterner, prak-

tischer Mann, der sich auch mit theoretischen Fragen der großen Politik beschäftigte, die ihn aber nie tief bewegten. ... Pünktlichkeit, Exaktheit, Ordnungsliebe, Pflichtbewußtsein, Selbstdisziplin, Anstand und Würde wurden ihm als Grundtugenden nachgesagt. Unermüdlige Initiative, Organisationsfähigkeit und Klugheit prägten ihn als Kommunalpolitiker.“

Die Erinnerung an Michael Poeschke ist für uns auch Verpflichtung, an den Werten festzuhalten, für die er gekämpft hat. Das heißt nicht, dass wir auf Neuentwicklungen oder Herausforderungen nicht neue Antworten geben müssen. Wir müssen unser Tun aber daran messen lassen, ob es der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität dient und ob es vor den Augen der nachfolgenden Generationen bestehen könnte, so wie Poeschkes Wirken ohne jedwede Einschränkung auch heute Bestand hat.

Eine weitere Botschaft ist gerade auch heute aktuell. Sie lautet: Lassen wir nicht zu, dass schon wieder in unserem Lande wie zur Zeit des Nationalsozialismus Minderheiten diskriminiert, deren Angehörige als Sündenböcke verteufelt und gegen sie zuerst verbale und dann auch körperliche Gewalt propagiert und angewendet werden.

Sehen wir nicht weg, wenn der Ungeist von neuem sein Haupt erhebt. Zukunftsdenken mit den Achseln, wenn Mitmenschen beleidigt, bedroht und geschlagen werden.

Was Michael Poeschke und anderen, die nicht weggeschaut haben, widerfuhr, darf nicht ein weiteres Mal geschehen. Darum müssen wir der Gleichgültigkeit und dem Vergessen wehren. "Nie wieder!" Das muss der Appell sein, der von einem Gedenktag wie dem 10. Mai ausgeht.

Die Stadt Erlangen und die Michael-Poeschke-Schule laden anlässlich des 50. Todestages von Michael Poeschke ein zu einer

**Gedenkveranstaltung
am Freitag, den 8. Mai
um 11.00 Uhr
in der Turnhalle der Michael-Poeschke-Schule**

Um 12.30 Uhr findet an seinem Grab im Zentralfriedhof ein Kranzniederlegung statt.

Kreisvorstand

Donnerstag, 7.5., 20.00 Uhr, Nebenzimmer der Gaststätte Orpheus im Deutschen Haus, Luitpoldstraße

Im Mittelpunkt des Abends wird die Diskussion um den Entwurf des SPD-Regierungsprogrammes „Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland“ stehen.

Weiterhin geht es um Aktionen und Termine in den kommenden Wahlkämpfen, sowie um diverse Berichte aus den Gliederungen.

Die Tagesordnung wird Anfang Mai direkt an die Mitglieder des Kreisvorstandes verschickt.

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 27. Mai, 20.00 Uhr August-Bebel-Haus

Zwei Themen stehen auf der Tagesordnung.

- Das aktuelle Memorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
- Die Fortführung der Diskussion des Buches „Politische Ökonomie der Finanzmärkte“. Philipp Dees referiert zum Thema „Die Kosten entfesselter Finanzmärkte“

Informationsdienst der Erlanger SPD

Wir informieren künftig regelmäßig über aktuelle Termine und Themen des Kreisverbandes.

Einach in den Verteiler aufnehmen lassen und aktuell auf dem Laufenden bleiben.

Sende uns eine e-mail mit dem Stichwort „Informationsdienst“ an buer0@spd-erlangen.de oder dieter.rosner@fen-net.de

Über die Kampagne von siebzig nichtstaatlichen Frauenorganisationen

Über siebzig Frauenorganisationen starteten eine Kampagne gegen Hassreden in den Medien. Der Anlass war die Sendung des TV PINK „Es kann nicht schaden“, in der eine Reihe von Beleidigungen auf Kosten der Frauen ausgesprochen wurde nur weil sie Frauen waren. Die Frauen wurden zum Sexualobjekt herabgestuft, nach den Kriterien der Porno-Magazine bewertet, geringschätzt und erniedrigt. Die Sendung wurde mehrmals am Tag ausgestrahlt. Eine große Anzahl Frauen fühlte sich beim Verfolgen der ‚Empfehlungen‘ in der Sendung unbehaglich. Alles geschah beim Mittagessen, Abendessen und unmittelbar vor Beginn der Informationssendungen, also während

einer Zeit, in der die Familie beisammen war. Wenn eine Frau diese Art Unbehagen verspürt, nennt die es die europäische Gesetzgebung ‚harcèlement‘. Außerdem waren die Ideen, die Überlegungen und Botschaften, die TV PINK allen Zuschauern vermittelte, ein Ansporn für weitere Diskriminierung der Frauen und zur Schaffung einer Kontinuität in der Diskriminierung.

Nachdem das Informationsgesetz die Ahndung des Delikts der Diskriminierung beinhaltet, bestand eine rechtliche Möglichkeit eine Auseinandersetzung zu beginnen und gegen das weitere schädliche Wirken von TV PINK vorzugehen.

Die Frauenorganisationen verlangen ausschließlich, dass man mit Sendungen, die für Frauen beleidigend sind, aufhört, weil sie wissen, dass die Gewalt gegen Frauen mit Beleidigungen beginnt. Wenn TV PINK verurteilt wird, muss der Sender sich bei den Frauen entschuldigen und für Inhalte, die die Frauenorganisationen auswählen dürfen ihnen Termine in demselben Umfang zur Verfügung stellen, in welchem er sie genutzt hatte, um Frauen zu beleidigen. (...)

Der heutige Stand der Dinge ist folgendermaßen:

1. Das Gericht hat noch nicht entschieden.

2. TV PINK kontaminiert weiterhin mit kitschigen, geschmacklosen und frauenfeindlichen Programminhalten die Öffentlichkeit.

3. Einer der Akteure der Polemik Aleksandar Tijanic wurde zum Generaldirektor des öffentlichen Dienstes des serbischen Fernsehens ernannt und der Schauspieler, der Abend für Abend die Frauen beleidigt hat, wurde zur beliebtesten Gestalt im öffentlichen Dienst des Fernsehens.



Sollen die Feministinnen auf ihre Aktionen in Serbien deshalb verzichten? Nein! Die Feministen wissen, dass der Kampf für die Würde der Frau ein langer Kampf ist, dass es ein Beginn im Prozess der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, dass der Patriarchat, d.h. alle, die einen Vorteil von dem marginalen und rechtlosen Stand der Frau haben, sehr zäh ist. Die Machtverhältnisse in der Gesellschaft sind schwer zu verändern. Man muss viel, ständig und hartnäckig arbeiten damit sich etwas im Leben der Frauen vorwärts bewegt.

Die Gesetze haben sich verändert, das Gesetz über das Verbot der Diskriminierung wurde, gegen den großen Widerstand der Serbischen orthodoxen Kirche und der Katholischen Kirche, beschlossen. Angenommen wurde die Nationale Strategie für Verbesserung der Situation der Frauen und Verbesserung der gleichen Rechte für die Geschlechter. In der parlamentarischen Arbeit befindet sich das Gesetz für die gleichen Rechte der Geschlechter. Die Standpunkte zur Gewalt in der Familie wurden verändert. Der Prozess der Harmonisierung der Gesetze mit den Gesetzen in der EU geht rasch voran. Es gibt eine große Anzahl von Frauenorganisationen, die die Rechte der Frau vertreten. Aber im Ganzen haben die Systemveränderungen in der Gesellschaft auch eine Reihe inhumaner Verhältnisse geschaffen. Das Geld ist das Maß aller Dinge geworden. Die Frauenbewegung, wie sie in den achtziger und

■ Von Nadezda Radovic

Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen zum Europawahlkampf

**Frauen in Serbien – auf dem Weg in die EU
Vortrag und Diskussion
mit der serbischen Journalistin und Feministin
Nadezda Radovic**

20. Mai, 20 Uhr, VHS, Großer Saal, Friedrichstr. 19

Nade•da Radovic, geb. 1946 in Zagreb, arbeitet seit 1990 als Schriftstellerin und Journalistin u.a. mit dem Schwerpunkt Frauenpolitik und –geschichte in Serbien und dem Kosovo. Sie engagiert sich seit vielen Jahren in der serbischen Frauenbewegung, insbesondere im Bereich der Frauenhäuser.

Im Folgenden dokumentieren wir zur Einführung einen Auszug aus einem Artikel von Nade•da Radovic. Für die Übersetzung aus dem Serbischen und die Vermittlung des Kontakts herzlichen Dank an Stefan Barth.

neunziger Jahren existierte, gibt es nicht mehr. (...) Die Hoffnung für die Veränderung der Situation der Frauen in Serbien liegt in den Standards, die das Vereinte Europa schon angenommen hat, die auch die hiesigen Machos unter den Männern werden akzeptieren müssen, und natürlich, wie immer in der Geschichte der Frauen, in der Solidarität der Frauen selbst.

Redebeitrag zum 65. Jahrestag des Massakers von Cumiana

Sehr geehrte Repräsentantinnen und Repräsentanten der Region und der Provinz, sehr geehrter Herr Bürgermeister dott. Costelli,

sehr geehrte Damen und Herren, im Namen des Erlanger Bündnisses für den Frieden möchte ich mich bei der Gemeinde Cumiana sehr herzlich für die Einladung bedanken!

Jedes Mal, wenn ich nach Cumiana komme, schäme ich mich, Deutscher und damit Angehöriger dieses Volkes zu sein, dass derartige unglaubliche Verbrechen wie das Massaker in Cumiana begangen hat. Und jedes Mal, wenn ich hierher komme, kann ich es auch nicht wirklich fassen, dass Sie uns eine solche wunderbare Gastfreundschaft anbieten. Für diese absolut nicht selbstverständliche Sache möchte ich mich bei Ihnen außerordentlich bedanken! Wir als Erlanger Delegation können nur um Entschuldigung bitten, für diese so schreckliche Tat, die von einem Mann aus unserer Stadt angeordnet wurde.

Der Faschismus ist nie vollständig besiegt. Dies ist eine Tatsache, die man stets bedenken muss. Auch jetzt, nach über 60 Jahren nach dem Ende des zweiten Weltkriegs, nach dem Holocaust und all den anderen unbeschreiblichen Verbrechen gibt es noch immer Neonazis und deren Organisationen.

Vor einigen Wochen z.B. gab es eine schauerliche Nazi-Demonstration in Dresden. Diese Personen missbrauchen die Tatsache der Bombardierung Dres-

dens während des Krieges für Ihre Propaganda. Diese Demonstration war eine der größten faschistischen Demonstrationen nach dem Krieg. Glücklicherweise gab es ebenfalls eine weitaus größere Demonstration eines breiten Bündnisses der Demokratinnen und Demokraten gegen den Nationalsozialismus. Besonders Deutschland hat eine große Verantwortung, dass sich niemals wiederholt, was im Dritten Reich geschehen ist.

Seit dem Beginn der Beziehungen zwischen Cumiana und Erlangen hat sich eine tiefe Freundschaft entwickelt. Es gibt Austauschprojekte von Schulklassen, Treffen von Vereinen und Organisationen und vieles mehr.

Diese Aussöhnung zwischen Cumiana und Erlangen – dank Ihrer Bereitschaft in Cumiana – ist ein Beitrag für ein vereinigtes Europa. Genau dieses ist notwendig, um Frieden in Europa zu schaffen und zu erhalten. Allerdings wird dies nur möglich sein, wenn dieses Europa nicht ein Europa des freien Marktes,

des rohen Kapitalismus ist, sondern ein Europa der Gerechtigkeit und der Solidarität, das auf seinem Gebiet und auch in der Welt die Ursachen von Konflikten und Kriegen bekämpft: Die Armut,

■ **Von Andreas Richter**
Friedensbeauftragter der SPD Erlangen



die Unterentwicklung, den Hunger, die Klimaveränderung und die Umweltzerstörung.

Jedoch wird statt diese Ursachen zu bekämpfen an vielen Plätzen der Erde noch immer die Lösung in der Waffengewalt gesucht. Die Folge davon ist, dass die Konflikte danach noch größer sind, wie man z.B. im Irak oder in Afghanistan sehen kann. Mit Krieg kann man keine Konflikte lösen. Notwendig ist vielmehr die Beseitigung der Konfliktursachen!

Vielen Dank für die

Aufmerksamkeit!



Linkes Forum in der SPD Erlangen

Hiermit laden wir ein zum Treffen

**am Freitag, dem 15. Mai
2009, 20 Uhr
in der Gaststätte „Orpheus“, Luitpoldstraße.**

Themen: Aktuelles, Wahlkämpfe '09, Entwurf Regierungsprogramm 2009, JuSo- Thesen "Für eine Linke der Zukunft"

Hildegard Gröger Helmut Pfister

Rede beim Ostermarsch 2009

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Friedensfreundinnen und -freunde, ein Schwerpunkt der diesjährigen Ostermärsche ist das Jubiläum 60 Jahre NATO. Im Kalten Krieg war die Begründung für die NATO, ein Bündnis gegen eine Bedrohung durch die Sowjetunion und den Warschauer Pakt zu sein. Nach Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes 1991 hat die NATO damit zunächst einmal ihre Existenzberechtigung verloren. Statt dass diese nun allerdings aufgelöst worden wäre und eine neue Sicherheitsarchitektur nach Überwindung der Blockkonfrontation errichtet worden wäre, wurde nach neuen Begründungen für die NATO gesucht.

Unter diesem Hintergrund wird sehr deutlich, dass die NATO eben nicht ein reines „Verteidigungsbündnis“ war und ist. Dagegen sprach auch schon in der Vergangenheit die Möglichkeit eines Erstschlags mit Atomwaffen im NATO-Vertrag. Diese atomare Ersteinsatzoption gilt nach wie vor.

Dem entgegen steht die äußerst begrüßenswerte Forderung Obamas nach einer Welt ohne Atomwaffen. Außenminister Steinmeier, der die Initiative sofort aufgriff, ist nur Recht zu geben, wenn er nun konkrete Schritte und zählbare Ergebnisse für eine atomwaffenfreie Welt verlangt.

Seine Forderung nach einem Abzug der in unserem Land noch vorhandenen Atomwaffen ist genau so ein Schritt in diese Richtung. Diese müssen nun auch von Deutschland umgesetzt werden. Merkel und die CDU/CSU, die weiterhin im Kalten Krieg denken und an Atomwaffen in Deutschland festhalten, dürfen nicht länger die Abrüstung blockieren. Auch Deutschland muss konkrete Schritte in eine atomwaffenfreie Welt gehen.

Die NATO wurde nun nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in ein Interventionsbündnis umgewandelt. Überall auf der Welt soll nun mit Waffengewalt der „Krieg gegen den Terror“ geführt werden. Beispiele der Verwirklichung dieser Strategie gibt es zu Hauf. Das erste Mal sichtbar war diese neue Logik beim völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Serbien im Kosovo-Fall. Wie heute selbst von manchen damaligen Unterstützern dieses Krieges eingeräumt, basierte dieser in weiten Teilen auf einem breiten Pro-

pagandagebäude. In der Tat vorhandene und nicht hinnehmbare Menschenrechtsverletzungen wurden durch die Bomben nicht beendet. Der Krieg führte nur zu noch mehr Gewalt.

Im Afghanistan-Krieg wurde die neue NATO-Strategie dann fortgesetzt. Mit Waffengewalt wird gegen den Terror gekämpft. Sicherer geworden ist die Welt dadurch nicht – ganz im Gegenteil! Der Alltag der Menschen in Afghanistan ist durch Gewalt und Terror bestimmt. Demokratie, Rechtsstaat und Frieden kann man nicht herbeibomben.

Krieg darf niemals Mittel der Politik sein! Daher sind die Beteiligung Deutschlands an der Operation Enduring Freedom und der Tornado-Einsatz sofort zu beenden.

Das ISAF-Mandat ist im Rahmen der UNO auf einen klassischen Blauhelmeinsatz zurückzufahren. Stattdessen müssen die zivilen Hilfen in erheblichem Maße erhöht werden.

Diese Forderungen gehen im Namen der Erlanger SPD gerade auch an unsere Parteispitze und unsere Regierungsmitglieder.

Die NATO-Osterweiterungen wie der geplante Raketenschirm der USA werden von Russland als Bedrohung wahrgenommen und können zu einem neuen kalten Krieg führen. Dies ist kein Beitrag zu mehr Sicherheit, sondern das Gegenteil.

Aus diesen Gründen und insbesondere durch ihre Rolle als atomares Erstschlagbündnis muss die NATO überwunden werden. Die Rolle eines Bündnisses zur Sicherung von Frieden und Freiheit, das in der Tat nötig ist, muss die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die OSZE, übernehmen. Dieses friedliche Bündnis vor allem europäischer Staaten und der USA muss hierzu gestärkt werden.

Konflikte können nicht mit kriegerischen Mitteln gelöst werden. Nur die Bekämpfung der Ursachen von Konflikten kann Abhilfe schaffen. Aus diesem Grund kommt es darauf an, ebendiese wie u.a. Unterentwicklung, Hunger, Umweltzerstörung und Klimawandel zu beseitigen.

Zuletzt möchte ich noch auf eine aktuelle Angelegenheit mit direktem lokalen Bezug eingehen:

■ **Von Andreas Richter**
Friedensbeauftragter der
SPD Erlangen



Ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa ist die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Verständigung zwischen den Völkern. Ein praktisches Beispiel dafür ist die Beziehung zwischen der italienischen Gemeinde Cumiana und Erlangen. Hintergrund hierzu ist ein Massaker der SS an 51 Zivilisten im Zweiten Weltkrieg, das vom deutschen Hauptmann Anton Renninger aus Erlangen angeordnet wurde.

Nachdem dessen Identität vor ca. zehn Jahren herauskam, nahm das Erlanger Bündnis für den Frieden Kontakt zu Cumiana auf und bat um Entschuldigung. Die Reaktion der Menschen aus Cumiana war nicht etwa reserviert oder Zorn – wie es verständlich gewesen wäre – sondern ganz im Gegenteil wurden wir von Cumiana eingeladen und genießen seitdem dort eine nicht vorstellbare Gastfreundschaft. Daraus ergab sich eine offizielle Freundschaft zwischen der Gemeinde Cumiana und der Stadt Erlangen.

Erst letztes Wochenende war wieder eine Delegation aus Erlangen zum Jahrestag des Massakers in Cumiana, darunter auch Schülerinnen und Schüler des Ohm-Gymnasiums, die somit die Verbrechen der Nazis im Krieg sehr deutlich gegenwärtig bekamen und gleichzeitig die grenzenlose Versöhnungsbereitschaft der Cumianesinnen und Cumianesen erfahren durften. Die Beziehung zu Cumiana ist somit ein Teil praktischer Friedensarbeit.

Vielen Dank!

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Juni 2009
22.05.2009

Die Mediziner – Debatte: Alte Reflexe oder ein Blick in die Zukunft?

In den letzten Wochen prasseln auf uns Patienten ständig neue „Aufklärungen“, Halbwahrheiten und gegenseitige Anschuldigungen ein. Als Frau eines ehemaligen niedergelassenen Arztes kenne ich allerdings auch die andere Seite – und zwar seit den Zeiten des „Jammerns auf höchstem Niveau“ der Ärzte und ihrer nunmehr tatsächlich schwierigen Situation. Ein Papier aus dem Gesundheitsministerium zur aktuellen Lage, gedacht als „Argumentationshilfe“, strotzt nun aber so von Milchmädchenrechnungen und Fehlern, dass ich mich zu einer Gegenantwort genötigt sehe.

Wenn wir uns in unserer Argumentation auf derartige „Hilfen“ stützen, dann gehen wir die „Aktion 15%“ an, und zwar bei Leistungserbringern (Ärzten, Therapeuten und Personal) und Leistungsempfängern (Patienten und deren Angehörige).

Behauptet wird: „Ärzte erhalten – mitten in einer der schwersten Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit – eine überaus großzügige Honorarerhöhung“.

Tatsache ist: Bundesweit sind 3 Mrd., in Bayern 240 Mio. mehr als 2007 im System, die an die Kassenärztlichen Vereinigungen der Bundesländer (KV) gehen. In Bayerns KV versickern die Gelder bis zu 43% für Rückstellungen und Vorwegabzüge.

Dies ist allerdings nicht die Schuld des Gesundheitsministeriums, hat auch mit dem Gesundheitsfonds nichts zu tun, sondern ist Ausdruck der mangelhaften Vertretung mehrerer Arztgruppen in der KV.

Behauptet wird: „Der völlig undurchschaubare Flickenteppich“ soll vereinheitlicht werden, „Ziel ist es, die Unterschiede bei der Vergütung ärztlicher Leistungen anzubauen“.

Tatsache ist: Klingt gut! Aber: hat man im Gesundheitsministerium schon mal was von (oft sehr teureren) Geräten oder von der notwendigen Zeit beim Gespräch gehört? Dinge, deren Einsatz jeder Patient bei sich selbst beansprucht. Da wird in Sonntagsreden sinnvollerweise „ambulant vor stationär“ gefordert (weil's sonst noch teurer und unpersönlicher

wird), aber wie dies erbracht werden soll, davon ist nicht die Rede!

Hat man sich dort schon mal überlegt, wie ein/e niedergelassene/r Arzt/Ärztin dies von einem Regelleistungsvolumen (RLV) von durchschnittlich 28• im Quartal pro Patient leisten soll, ganz egal, wie oft man in die Praxis kommt und egal mit welchen Beschwerden (außer es handelt sich um eine der 80 festgelegten chronischen Erkrankungen)?

Behauptet wird: „Die Länder profitieren am stärksten, in denen bisher weit unterdurchschnittlich bezahlt wurde, die neuen Länder.“ „...in Bayern absolute Spitzenverdiener...“

Tatsache ist: Die Situation in den westdeutschen Ländern in der Fläche ist bald den ostdeutschen ähnlich: bereits heute sind Praxen (häufig in ländlichen Gebieten) vielfach schlecht bis nicht verkäuflich, denn junge MedizinerInnen können die Schulden von den zur Verfügung stehenden Honoraren (s.o.) nicht mehr abbezahlen. Warum gehen immer mehr ins Ausland oder in die Industrie und fehlen dann in der Versorgung? Um „absolute Spitzenverdiener“ handelt es sich bei den MedizinerInnen schon lange nicht mehr – ich weiß, wovon ich spreche und die MedizinerInnen in der SPD geben sicher gerne Auskunft! Das sind mittlerweile Ammenmärchen aus der Vergangenheit, jeder halbwegs erfolgreiche BWLer, Jurist oder Oberstudienrat verdient mindestens ebenso viel.

Behauptet wird: „Kranke Patienten werden von ihren Ärzten genötigt, sich mit deren Vergütung auseinander zu setzen“ und „Es ist sehr fraglich wie es mit dem Selbstverständnis und der Berufsethik von Ärzten steht, die ihre Verteilungskämpfe auf dem Rücken ihrer Patienten austragen“.

Tatsache ist: Die Patienten sollten sich nicht mit Vergütungsstrukturen auseinandersetzen, sondern mit der Art der Versorgung, die sie haben möchten: wollen sie den/die ihnen bekannte/n MedizinerIn oder ein immer neues Gesicht ohne Kenntnis ihrer persönlichen Krankengeschichte in MVZs (medizinischen Versorgungszentren) oder in Ambulato-

■ **Von Ursula Lanig**
stellvertretende Vorsitzende
der SPD-Stadtratsfraktion



rien der großen renditeorientierten Kapitalgesellschaften wie z.B. Rhönklinikum... Dass ausgerechnet unsere Partei sich da als treibender Keil der Privatisierung zu Gunsten großer Konzerne (Rhönklinikum, Sana, Asklepios etc.) aufführt, ist völlig unverständlich! Es wird allerdings klarer, wenn man weiß, dass Lauterbach, ebenso wie zu Guttenberg, im Aufsichtsrat des Rhönklinikums sitzt. Und dann wird im Hause U. Schmidt das „Berufsethos“ bemüht – als ob die, die das große Geld machen wollen, heute noch Medizin studieren würden! Denn dass nur ein Promill-Anteil Ordinarius wird, hat sich längst herumgesprochen. Nicht umsonst ist das Medizinstudium zunehmend weiblich...

Behauptet wird: Das Institut des Bewertungsausschusses (neues Institut zur Geldverteilung) schätzt, „dass die ÄrztInnen im Vergleich zu 2007 ... mindestens 12% mehr Honorar bekommen werden“.

Tatsache ist: Zum Bewertungsausschuss können sozialdemokratische Mediziner sicher gerne Auskunft geben. Hier sitzen bestens gestellte KV-Vertreter und Vertreter der Deutschen Krankenhausgesellschaft mit den Spitzen der Kassen zusammen – der „kleine Doktor“ nebenan, der die direkte Versorgung erbringt und mit den Entscheidungen des Bewertungsausschusses leben muss, ist da nicht berücksichtigt!

Dazu kommen noch RLVs und die Dekkelung der Leistungen, die erbracht werden dürfen, die tatsächlich dazu führen, dass viele Praxen gegen Ende des Quartals für nix arbeiten (ihre Kosten laufen aber weiter!).

Behauptet wird: „Mit Hilfe des bundeseinheitlichen Orientierungspunktwertes werden ehemals beste-hende regionale Preisunterschiede abgebaut.“

Tatsache ist: Dazu sollten erst einmal die Betriebskosten verglichen werden – sicher wird Diabetes in Meckpomm und

Erlangen nicht unterschiedlich behandelt – aber während z.B. die Gemeinden in Meckpomm MedizinerInnen mit mietfreien Praxen und Häusern anziehen, zahlt man in den alten Ländern erst einmal – und das nicht zu knapp! Es soll ja auch in den Tarifen des Personals durchaus Unterschiede geben...

Behauptet wird: „Nach Simulationsberechnungen (des Bewertungsausschusses) verliert keine KV gegenüber 2007 Honorar.“

Tatsache ist: Das mag für die KV schon stimmen, aber die behält davon ja kräftig ein.

Die präzisen Zahlen lassen sich erst im Juni/September ermitteln, denn erst dann wird klar sein, was bei den Praxen für das 1. und 2. Quartal herauskommt... Bis dahin gelten Bezahlungen nach den Regelleistungsvolumina pro Quartal von 19• beim Gynäkologen, 27• beim Chirurgen usw. ganz egal, wie oft der/die PatientIn in die Praxis kommt und Hilfe braucht. Wenn z.B. im ersten Monat des Quartals ein Grippe und im dritten Monat eine Nierenerkrankung diagnostiziert und behandelt wird, sind das nicht zwei Behandlungen von zwei Krankheiten, sondern „all inclusive“. Das ist vergleichbar mit: Wenn der Installateur im Quartal einmal wegen einer verstopften Badewanne und einmal wegen eines Rohrbruchs kommt, wird er nur einmal bezahlt... Ich kenne keinen, der das mitmacht! Und für Fahrtkosten um 3• fährt auch keiner los!

Behauptet wird: „Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich... für einzelne ausgedeckelte Leistungen negative Preiseffekte ergeben können...“

Tatsache ist: Das sind die Leistungen, von denen eine Praxis überleben muss – von den RLVs kann sie das nicht. Tatsächlich ist hier auf einmal von einem „negativen Preiseffekt“ die Rede, auf einmal gibt es doch keine Steigerungsraten bei den „Superverdienern“, wie oben die ganze Zeit behauptet? Welcher Unternehmer und welcher Angestellte in der freien Wirtschaft lässt sich eigentlich darauf ein, ein halbes Jahr zu arbeiten, bevor er/sie seine/ihre abgerechnete Bezahlung sieht?

Übrigens: Je nach Spezialisierung und Geräteausstattung der Praxis gilt: vom Umsatz bleiben abzüglich Miete, Personal, Versicherungen(!) und Geräte-Raten und Steuern ca. 1/4 des Umsatzes als Gewinn – und nicht die Hälfte, wie nach

der Schätzung des von anderen Interessen geleiteten Bewertungsausschusses.

Dieser Text kommt nicht von einer „Dr. Maßlos“, sondern von einer Patientin mit etwas Einblick und ohne persönliche Gewinnabsichten. Mir ist es einfach wichtig, dass derartige „Argumentationshilfen“ nicht unwidersprochen bleiben. Ich halte es für falsch und unverantwortlich, alte, erledigte Vorurteile vom raffgierigen Arzt/Ärztin weiter zu pflegen. Ich bin immer dafür eingetreten, nicht unsere Landes- oder Bundesvertretung zu bekämpfen, sondern den politischen Gegner. In diesem Fall wende ich mich gegen eine Politik, die solche Missstände zulässt oder sogar zu verantworten hat. Ich habe sehr nah miterlebt, dass

1. das, was aus dem Gesundheitsministerium kommt, in Bezug auf unsere zukünftige Versorgung direkt gegen unsere Beteuerungen geht: wohnortnahe medizinische Versorgung – Lotsen, die ihre PatientInnen wirklich kennen – ambulant vor stationär usw. Noch werden 90% aller Erkrankungen ambulant in den Praxen behandelt, dafür stehen aber nur 15% des Gesamtbeitragsvolumens der Gesetzlichen Kassen zur Verfügung...
2. die „absoluten SpitzenverdienerInnen“ = angeblich der/die MedizinerInnen nebenan, Spielbälle in den Händen der KVen sind (weil sie sich rein zeitlich nicht viel um Standespoli-

tik kümmern können) und medizinischen privaten Großunternehmen entweder schon ausgesetzt sind oder sein werden.

3. Praxen (selbst an attraktiven Standorten) nur noch schwer Nachfolger finden.

Schwierig wird das Ganze auch durch die Gemengelage zwischen Gesundheitsfonds (der an sich kein Problem ist – auf die Verteilung kommt es an), Bewertungsausschuss, KVen und vor allem der Frage nach dem beabsichtigten System der Zukunft.

Klar ist aber auch, dass die Gesundheitsreform seit Jahrzehnten ein umfassendes Problem darstellt, das in einer Koalitionsregierung mit so unterschiedlichen Ansätzen, wie sie CDU und SPD (Kopfpauschale gegen Bürgerversicherung) nun mal aufweisen, kaum zu bewältigen ist. Dass dem Kompromiss übrigens auch Seehofer und die CSU laut zugestimmt haben, spricht Bände und darf gerade jetzt nicht vergessen werden.

Ein Fehler wie der geplante Börsengang der Bahn sollte nicht noch mal passieren, medizinische Versorgung ist Daseinsvorsorge! Zum Verlust der Versorgung in der Fläche bei der Bahn darf nicht noch der in der wohnortnahen und persönlich vertrauensvollen Medizin kommen!

(Übrigens: ergab nicht eine Untersuchung zum Vertrauen der Menschen in der BRD deutliche Hinweise? MedizinerInnen genießen zu 57% das Vertrauen der BürgerInnen, PolitikerInnen nur zu 7%!)

SPD fordert schnelle Integration der Asylbewerber

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die heutige Landtagsanhörung „Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern.“ Die Menschen, die in Bayern Schutz und Zuflucht suchen, „brauchen menschenwürdige Bedingungen, die es ihnen ermöglichen sich zu entwickeln und eine eigene Zukunftsperspektive für sich selbst bzw. ihre Familien zu finden. Wichtig ist, dass eine gründliche Bestandsaufnahme bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen erfolgt, damit der Hilfebedarf, aber auch die Potentiale der Flüchtlinge erkannt werden. Übergangswohnheime sind nur eine Übergangslö-

■ **Von Angelika Weikert**
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen



sung. Anzustreben ist eine schnelle Integration der Asylbewerber in das wirtschaftliche und kulturelle Leben, durch Bildung, Arbeit und die Möglichkeit in einer eigenen Wohnung zu leben,“ betonen die SPD-Sozialpolitikerinnen Diana Stachowitz und Angelika Weikert. Eine besondere Rolle bei der Integration komme der Arbeit der Wohlfahrtsverbände

zu, deshalb sei dieser Teil ihrer Arbeit besonders durch den Freistaat zu fördern

Die SPD-Landtagsfraktion spricht sich für folgende Maßnahmen aus:

Die Erstaufnahmeeinrichtungen müssen mit mehr Personal ausgestattet werden. Es bedarf speziell geschulter Ärzte, Psychotherapeuten, Juristen und Sozialarbeiter, die gerade in den ersten Tagen der Ankunft ausreichend Zeit für die Flüchtlinge zur Verfügung haben. Die richtige Einschätzung des Hilfebedarfs der Ankommenden ist die wichtigste Voraussetzung für die nachfolgenden Hilfsangebote bzw. Vorgehensweisen der Behörden. Der Verbleib in einer Erstaufnahmeeinrichtung sollte auf wenige Wochen, maximal 3 Monate beschränkt bleiben.

Bayern hat zurzeit die Regelunterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (GU). Die durchschnittliche Verweildauer von 3 Jahren ist deutlich zu hoch. Stachowitz und Weikert: „Dass ein Flüchtling bereits seit mehr als 18 Jahren in einer GU lebt ist schlicht und einfach menschenunwürdig. Das Leben in einer GU über einen längeren Zeitraum trägt den Bedürfnissen der Betroffenen nach Sicherheit und einer angemessenen Privatsphäre nicht genügend Rechnung. Die Verpflichtung zum Wohnen in einer GU sollte auf die Dauer des Asylverfahrens, längstens jedoch auf ein Jahr beschränkt sein.“

Es müsse sichergestellt werden, dass ein Auszug aus einer Gemeinschaftsunterkunft für besondere Personengruppen

wie z.B. traumatisierte Menschen, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Kinder, Senioren, Kranke und Behinderte standardmäßig möglich ist. „Für diese Personengruppen gibt es eine Verpflichtung des Freistaates Bayern für angemessene Wohnverhältnisse zu sorgen. Wir erwarten vom Freistaat Bayern einen Maßnahmenkatalog, der die Abkehr von der Regelunterbringung in Gemeinschaftsunterkünften vorsieht und alternative Wohnformen langfristig sichert,“ so die beiden SPD-Abgeordneten.

Sie lehnen Essenspakete ab und fordern die Ausgabe von Einkaufsgutscheinen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlingskinder bräuchten besondere Schutzräume, Förder- und Bildungsmöglichkeiten.

Der Vertrag von Lissabon macht die EU demokratischer!

Offener Brief von Renate Schmidt zum Vertrag von Lissabon:

Liebe Bürgerinnen und Bürger, in den letzten Wochen habe ich verstärkt Zusendungen bekommen, die mich aufforderten gegen den Vertrag von Lisabon zustimmen. Gerne nutze ich die Gelegenheit, die viele verzerrten, unzutreffenden und irreführenden Behauptungen über die Inhalte des Vertrages von Lissabon richtigzustellen.

Der Vertrag von Lissabon macht die Europäische Union handlungsfähiger, transparenter und demokratischer. Nur als Mitglied der Europäischen Union wird Deutschland die Herausforderungen einer globalisierten Welt bestehen können.

Anders als behauptet, besetzt nach dem Vertrag von Lissabon eine klare Teilung von legislativer und exekutiver Gewalt. Die Europäische Kommission (Exekutive), der Ministerrat und das Europäische Parlament (Legislative) sind eigenständige Organe. Die Kommission ist dem Europäischen Parlament verantwortlich, denn die Ernennung der Kommission ist von einem zustimmenden Votum der Volksvertreter abhängig. Das Europäische Parlament hat zudem die Möglichkeit, einen Misstrauensantrag gegen die Kommission zu stellen. Wird der Antrag angenommen, müssen alle Mitglieder der Kommission zurücktreten.

Die demokratische Kontrolle der Exekutive, die Sie vermissen, ist also durch das Europäische Parlament voll gegeben.

Auch der Vorwurf, die Kommission werde nicht auf direkte und demokratische Weise vom Volk gewählt, geht fehl. Genauso wie in Deutschland wird in der EU die Exekutive nicht direkt vom Volk, sondern vom Europäischen Parlament gewählt, welches direkt demokratisch durch die Bürgerinnen und Bürger der EU legitimiert ist. Ohne die Zustimmung des Parlamentes kann der Ministerrat die Kommission nicht ernennen.

In einer repräsentativen Demokratie werden die höchsten politischen Entscheidungsträger häufig nicht direkt vom Volk gewählt. Der Blick auf Deutschland verdeutlicht dies. Auch in Deutschland ist die Exekutive, die Bundesregierung, nicht direkt sondern mittelbar demokratisch legitimiert. Es ist Aufgabe des Bundestages, die Bundeskanzlerin bzw. den Bundeskanzler zu wählen. Die Ernennung erfolgt durch den Bundespräsidenten, ebenso wie die der Bundesminister, die von der Bundeskanzlerin bzw. vom Bundeskanzler vorgeschlagen werden. Die Regierung geht somit aus dem Parlament hervor. Deshalb wird in diesem Fall von einer Gewaltenschränkung gesprochen. In der EU kommt man dem

■ Von Renate Schmidt

Bundestagsabgeordnete,
Bundesministerin a.D.



Prinzip der strikten Gewaltenteilung näher als in Deutschland, da die Mitglieder der Kommission nicht gleichzeitig dem Parlament angehören dürfen, während ein Mitglied der Bundesregierung durchaus gleichzeitig dem Bundestag angehören darf.

Es gehört zu den besonderen Eigenheiten des politischen Systems der Europäischen Union, dass allein die Europäische Kommission das Recht besitzt, EU-Gesetzgebungsakte vorzuschlagen. Dies mag auf den ersten Blick verwundern. Dieses Initiativmonopol hat zwar seinen Ursprung in der Gründungsphase der Europäischen Union, ist aber auch heute noch sinnvoll. Im Wesentlichen soll es das Gemeinschaftsinteresse schützen und die Anliegen kleinerer Mitgliedstaaten wahren. Die EU-Kommission soll gleich zu Beginn eines Gesetzgebungsprozesses prüfen, ob ein Vorschlag der EU insgesamt und nicht nur einzelnen Mitgliedstaaten nützt. Würde man dem Europäischen Parlament ein Recht auf Gesetzesinitiative geben, müsste man es

auch den Regierungen der Mitgliedstaaten zugestehen. Die wahrscheinliche Folge: die großen EU-Mitgliedstaaten würden sich zusammenschließen und ihre Interessen rücksichtslos gegen alle anderen durchsetzen. Das Initiativmonopol ist daher die beste Gewähr dafür, dass sich am Ende europäische Gemeinschafts- und nicht nationale Partikularinteressen durchsetzen. Diese Erkenntnis ist auch die Erklärung dafür, dass sich das Europäische Parlament selbst bislang stets mit überwältigender Mehrheit für die Beibehaltung des Initiativmonopols der Kommission ausgesprochen hat.

Die in einigen Briefen als „historische Fakten“ aufgeführten Behauptungen, zu den wichtigsten Architekten der „Brüs-

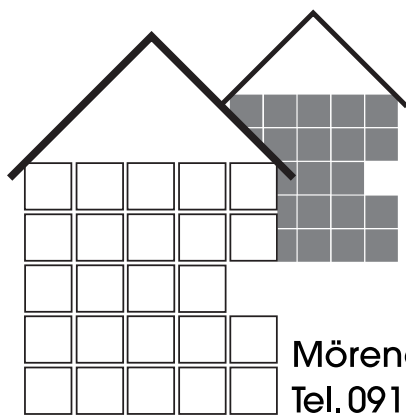
seler EU“ gehörten u.a. Joseph Goebbels und Adolf Hitler, halten einer Prüfung nicht eine Sekunde stand. Es werden Verschwörungstheorien bemüht, um die Europäische Union als ein von den Nationalsozialisten initiiertes und von Konzerninteressen gelenktes System zu diffamieren. In dieser verzerrten Darstellung werden nachprüfbar Fakten verschwiegen oder nicht zur Kenntnis genommen, wie die schon geschilderte Kontrolle der Kommission durch das Parlament oder die Rechte des Europäischen Parlaments als gleichberechtigter Gesetzgeber. Mit der Nennung von ähnlichen oder gleichen Begriffen, die heute in der EU Verwendung finden und die in den Machtphantasien der Nazis als Wör-

ter auftauchen, wird suggeriert, auch die Inhalte seien identisch. Tatsächlich haben die Dinge nichts, aber auch gar nichts miteinander zu tun. Wie abwegig diese Behauptungen sind, wird klar, wenn man sich in Erinnerung ruft, wer kurz nach dem zweiten Weltkrieg die Gründungsstaaten der damaligen Europäischen Gemeinschaft waren: neben Deutschland waren dies Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Glauben man ernsthaft, Länder wie Frankreich hätten einem Vertrag zugestimmt, der – wie behauptet – auf Blaupausen der Nationalsozialisten beruhte? Jene Länder, die unter dem von Deutschland begonnenen Weltkrieg und dem Terrorregime der Nazis gelitten haben? Die unter großen Opfern für ihre Freiheit und die Freiheit Europas gekämpft haben? Allein dieser Blick auf die geschichtliche Realität sollte vor Augen führen, wie abwegig diese Behauptungen sind.

Die Europäische Integration war vielmehr das historisch weitsichtige Angebot der ehemaligen Kriegsgegner, ein System der strukturellen Friedlichkeit aufzubauen, indem durch die Vergemeinschaftung wichtiger Politikfelder eine erneute kriegerische Auseinandersetzung unmöglich gemacht werden sollte. Von diesem Grundgedanken werden auch heute noch die Europäische Union und der Vertrag von Lissabon getragen. Der einseitigen und negativen Beurteilung des Vertrages kann ich daher nur erneut energisch widersprechen.

Abschließend lassen Sie mich auf Folgendes hinweisen: Eine Hauptquelle vieler „Anti-Lissabon“ Schreiben, ist die Dr. Rath Foundation. Diese Quelle kann man nur als unglaubwürdig bezeichnen. Die Gründe für die Diffamierung der Europäischen Union durch die Unternehmungen, hinter denen Dr. Rath steht, scheinen nur zu offensichtlich. Aufgrund von EU-Recht, das dem gesundheitlichen Schutz der Bürgerinnen und Bürgern dient, ist es Dr. Rath untersagt, zu den von ihm angebotenen Vitaminprodukten krankheitsbezogene Therapieaussagen zu machen. Dieses Verbot, mit gesundheitsbezogenen Aussagen zu werben, besteht aber völlig zu Recht, denn, wie der Spiegel Ende 2003 schrieb, es gibt keine Studien, die die Wirksamkeit seiner überpreuerten Produkte belegen.

Mit freundlichen Grüßen
Renate Schmidt, MdB



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

.....
Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....
Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

.....
Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

.....
Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....
Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)

■ Distrikt Anger

Vorsitzender:

Gerd Worm
Telefon: 304556
Karl.Gerd@gmx.de

Liebe GenossInnen,
Die diesjährigen Distrikt-Versammlungstermine im Anger sind: 13.05.; 24.06.; 22.07.; 16.09; 14.10.; 11.11.; 09.12. jeweils 20.00 Uhr beim Angerwirt, Guhmannstraße 10. Vielleicht könnt Ihr den einen oder anderen Termin auf diese Weise frühzeitig genug einplanen, so dass wir uns nicht nur beim Verteilen des Monatsspiegels das erste und letzte mal persönlich getroffen haben.

Bei der nächsten Versammlung

am Mittwoch, 13. Mai, 20 Uhr beim Angerwirt

steht das Thema Ganztagschule auf der Tagesordnung. Wir haben vor, dazu im Oktober eine Veranstaltung zu machen.

Auf den Termin 16.05. möchte ich besonders Hinweisen. An diesem Tag ist die SPD-Stadtratsfraktion vor Ort bei uns am Bürgertreff Isarstraße. Martina Stamm-Fibich hat Ihr Kommen zugesagt.

Freundschaftliche Grüße
Gerd Worm

■ Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:

Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 19.05. um 20:00 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden



mein GIRO®
Von Anfang an – ein Leben lang.

Kennen Sie „mein GIRO“?


- ✓ Attraktiver Zins* ab dem ersten Euro
- ✓ Kostenlos bis max. zum 25. Geburtstag
- ✓ KNAX-Klub
- ✓ Exklusive Aktionen oder Angebote für „mein GIRO“-Kunden

Jetzt 5 % p.a. Eröffnungszins
für 3 Monate oder kostenloses
Prepaid-Handy*** sichern!**

* Zinssatz für Beträge bis 2.500 Euro freibleibend bis zum 18. Geburtstag bzw. für Schüler, Azubis, Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende und Absolventen eines sozialen Jahres bis max. zum 25. Geburtstag.
** Zinssatz für Beträge bis 2.500 Euro freibleibend. Gültig für 3 Monate ab Eröffnung.
*** Alternativ für Jugendliche ab 11 Jahren.

Stand: April 2009

Alle Vorteile von „mein GIRO“ erfahren Sie
bei unseren Beratern oder unter
www.sparkasse-erlangen.de

 Sparkasse
Erlangen

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Distriktversammlung findet statt am

**Dienstag, den 26. Mai um
20 Uhr im AWO-Raum,
Geisbühlstr. 4.**

Liebe Genossinnen und Genossen,
auf öffentliche Daseinsvorsorge ist jeder Mensch angewiesen, und zwar täglich. Denn es geht dabei um soziale, kulturelle und wirtschaftliche Dienstleistungen ? etwa um die Versorgung mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, den öffentlichen Personenverkehr, Post und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste und das Bildungswesen.

Seit einigen Jahren sind diese Leistungen unter massiven Druck geraten, auch wegen einer europäischen Binnenmarkt- und Wettbewerbspolitik, die den Spielraum für öffentliche Dienstleistungen immer stärker einschränkt. Ganze Sektoren sind mittlerweile für den europäischen Markt geöffnet, kommerzialisiert und teilweise privatisiert worden.

Die interessenspolitischen Hintergründe, Zusammenhänge und

Tagesordnung

1. Aktuelles
2. Berichte aus den Gremien
3. Europawahlkampf (Wahl 7.6.2009)
4. Verschiedenes

Für den Vorstand
Manfred Dohmstreich

(un)sozialen Folgen der EU-Liberalisierungsrichtlinien wollen wir in der kommenden Sitzung diskutieren. Dazu wird es zunächst ein oder zwei Kurzvorträge (von Dieter und eventuell von Jule noch speziell zum Thema Wasser) geben.

Zu dieser Veranstaltung, die wir zusammen mit den Jusos organisiert haben, laden wir alle Interessierten sehr herzlich ein ? und zwar am

**Dienstag, 5. Mai um 20 Uhr
ins Nebenzimmer der
Gaststätte „Orpheus“
(„Deutsches Haus“), Luitpoldstraße 25**

Für den Vorstand
Michael Zimmermann

■ **Distrikt Frauenaarach**

Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
dohmstreich@nefkom.net

■ **Distrikt Innenstadt**

Vorsitzender:

Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Die nächste Distriktssitzung findet statt am

**Mittwoch, 13. Mai 2009
um 20 Uhr
im Biergarten Röthelheim**

Als Tagesordnung sind folgende Punkte vorgesehen:

1. Aktuelles
2. Vorstandswahlen, insbesondere Wahl der Distriktsvertreter im Kreisvorstand
3. Nachbetrachtung der Bürgerversammlung
4. Sonstiges

Wir hoffen auf eine rege Teilnahme.

Für den Vorstand
Brigitte Rohr

Protokoll der Distriktsversammlung im April

Die Distriktssitzung im Biergarten Röthelheim diente neben der kurzen Diskussion über das am vorherigen Wochenende beschlossene Wahlprogramm in erster Linie der Vorbereitung und Abklärung verschiedener Themen für die Bürgerversammlung im Stadtsüden am 23.04.2009. Als Schwerpunkt wurde allgemein das sogenannte "Bewohnerparken" und die Verkehrsbelastung während der Bauphase im Südgelände angesehen.

Für das Protokoll
Günter Laurer

■ **Distrikt Süd**

Vorsitzende:

Brigitte Rohr
Telefon: 4000974

■ Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 12.05.2009, 20.00 Uhr, Schloßgast- stätte

Tagesordnung:

1. Gewerbefläche G 6
2. Nachbereitung: Fraktion vor Ort , Zukunftswerkstatt.
3. Aktuelles
4. Berichte
5. Verschiedenes

Weitere Termine: Distriktversammlung
am 16.6.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
im Mai wollen wir mit euch das Thema
„Gesundheitsreform und Ärzteproteste“
diskutieren. Dafür laden wir euch herzlich
ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 19.05. um 20 Uhr im Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Als Referent dazu wird Dr. Markus Beier
kommen. Daneben stehen die üblichen
Punkte (Aktuelles, Berichte etc.) auf der
Tagesordnung.

Für den Vorstand
Philipp Dees

des als vorbildlich arbeitenden benach-
barten Hortes. Die Stadt will jetzt wohl
vor weiteren Beratungen ihre konzeption-
ellen Hausaufgaben machen. Da wohl
nur in einer Hauptschule in Erlangen der
echte Ganztagschulbetrieb stattfinden
kann, ist auch noch nicht abschließend
geklärt, an welcher Schule dieser statt-
finden soll. Thema war außerdem, an
welcher Stelle in Nachbarschaft zur Kli-
nik am Europakanal ein Übergang vom
Radweg am Kanal über die Straße Am
Europakanal zur Kanalbrücke erfolgen
soll. Dazu wäre eine Öffnung der Leit-
planke erforderlich. Bedenken wg. der
Verkehrssicherheit konkurrierten mit
dem Hinweis auf dem existierenden
Trampelpfad, bei dem man jetzt das Fahr-
rad über die Leitplanke hebt.

c) Da der neue KV-Vorstand sich erst
gerade konstituiert, war nichts zu berich-
ten.

Protokoll der Jahreshaupt- versammlung am 1.4.2009

Berichte:

a) Ortsbeirat: Diskutiert wurde über
die Radwegeplanung im Bereich Häus-
ling. Im Zusammenhang mit der Erwei-
terung der Tank- und Rastanlage Frauen-
aurach, gibt es noch Bedenken hinsicht-
lich der Abwasserabführung. Das Thema
Sperrung oder Verkehrsbegrenzung
Häuslinger Straße wird erst abschließend
nach Vollendung des Adenauer-Ring-
schlusses einer Lösung zugeführt werden
können (Erfahrungen mit der Akzeptanz
der neuen Straße abwarten).

b) Fraktion: Im Zusammenhang mit
der Beantragung eines Ganztageszugs
der Schule Büchenbach-Nord sind etliche
konzeptionelle Fragen offen. Insbeson-
dere geht es auch um die künftige Rolle

Rechenschaftsberichte und Neuwahl des Vorstandes:

Willi Gehr wurde für diese Tagesord-
nungspunkte zum Versammlungsleiter
gewählt.

Philipp Dees berichtet über die Ein-
nahmen und Ausgaben. Insgesamt konn-
ten die Wahlkämpfe des Jahres 2008 auf
Distriktsebene (Kommunalwahl und
Landtagswahl) aus den Spendeneinnah-
men Ende 2007 / Anfang 2008 finanziert
werden. Den damaligen Spendern sei an
dieser Stelle noch einmal gedankt. Der
Distrikt hat also nach wie vor eine solide
Finanzbasis. Anschließend berichtete
Gerd Peters über die Distriktsarbeit im
abgelaufenen Jahr:

Die Zahl der Mitglieder ging im Ver-
gleich zum Vorjahr von 131 auf 129 zurück
(davon 48 Genossinnen).

Distriktsversammlungen fanden seit der letzten Jahreshauptversammlung (11 Besucher) zu folgenden Themen statt:

- Aufgaben einer zukunftsorientierte Bildungspolitik in Bayern – mit Wolfgang Vogel (21 Besucher)
- Diskussion mit Florian Janik über kommunalpolitische Strategien (15 Besucher)
- Sozialspariergang mit Gisela Niclas (ca. 15 Teilnehmer)
- Haushalt 2009 (15 Besucher)
- Stadt-Umland-Bahn (14 Besucher)
- Karpfenessen (14 Besucher)
- Zur Zukunft der Erlanger Partei, Generationswechsel im Kreisvorstand (16 Besucher)
- Hartz IV (15 Besucher)

Insgesamt war die Beteiligung ähnlich wie im vorherigen Berichtszeitraum, durchschnittlich fast 16 Teilnehmer (Vorjahr: fast 15 Teilnehmer).

Schwerpunktmäßig prägten der Landtags- und Bezirkstagswahlkampf die politische Arbeit. Seitens des Distrikts wurden zwei Ausgaben des „Westboten“ produziert, eine Ausgabe davon im Vorfeld der Landtagswahl. Eine weitere (Sonder-)Ausgabe mit halbem Umfang und halber Auflage anlässlich der Brückensperre an der Wöhrmühle. Ergänzt wurde diese Aktivität durch eine Plakataktion an den Radwegen stadteinwärts, die über Abläufe bis zur Fertigstellung der Ersatzbrücke informierte. Typisch für den Landtagswahlkampf waren die zahlreichen Vororttermine von Wolfgang Vogel und teilweise Gisela Niclas, jeweils im unmittelbaren Umfeld wurde dazu eingeladen. Insgesamt fanden mehr als 20 solcher Termine im Stadtwesten statt. Ein Stadtteil-Rundgang bei Sozialeinrichtungen mit Gisela Niclas ist ebenso erwähnenswert. Die Verteilung der Kandidatenprospekte und des „Westboten“ erfolgte in nahezu jeden Hausbriefka-

sten (Regelaufgabe von 10 000 bei ca. 11 000 Briefkästen). Festzustellen ist, dass die Bereitschaft, Verteilerfunktionen zu übernehmen, außerordentlich groß war; zuverlässig wurde die Arbeit erledigt. Dafür sei allen Genossinnen und Genossen herzlich gedankt. Den Kindern von Wolfgang Altstadt sei für ihre zuverlässige Verteilung des „Monatsspiegel“ im Distrikt ebenfalls gedankt.

Kassier und Vorstand wurden einstimmig entlastet.

Alle alten Mitglieder des Vorstands kandidierten erneut, alle wurden (mit Ausnahme der Revisoren) in geheimer Wahl einstimmig wiedergewählt. Der neue Vorstand setzt sich (wie der alte) wie folgt zusammen: Gerd Peters (Vors.), Lena Zoglauer (stellvertr. Vors.), Philipp Dees (Kassier), Helga Steeger (Beis.), Hans Buerhop (Beis.), Dirk Goldenstein (Beis.), Walter Lang (Beis.). Als Revisoren wurden wiedergewählt Ursula Rechtenbacher und Winfried Stein. Als Vertreterin im Kreisvorstand wurde Lena gewählt, der männliche Vertreter soll beim nächsten Mal nominiert werden.

Geplante Aktivitäten

Mindestens eine, eventuell auch zwei, Ausgabe des „Westboten“, soll 2009 erscheinen. Als Schwerpunktthemen der nächsten Distriktsversammlungen wurden vorgeschlagen: Gesundheitsfond, Bekämpfung von Armut, Fraktion vor Ort (einmal in Alterlangen, ein weiteres Mal in Büchenbach). Des weiteren wurden die Themen „Auswirkungen des demographischen Wandels im Stadtwesten“ sowie „Hallenbad im Stadtwesten“ ins Visier genommen. Eine Veranstaltung mit unserer Kandidatin Martina Stammfiebzig im Bundestagswahlkampf wurde ebenfalls vorgeschlagen.

Protokoll von Gerd Peters

■ AG 60plus

Vorsitzende:

Helga Steeger

Telefon: 47866

helga.c.steeger@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
herzliche Einladung in das

Friedensmuseum Nürnberg am Mittwoch, 13. Mai 2009, Treffpunkt 15 Uhr beim Museum Kaulbachstraße 2, U-/Straßenbahnhaltstelle Krelingstraße

Abfahrt mit dem Zug: 14.18 Uhr ab Erlangen, Ankunft Hbf. Nbg. 14.45 und Weiterfahrt mit der Straßenbahn, Linie 9 bis zur Krelingstraße, vom Hauptbahnhof kommend mit der Linie 9 in Richtung Thon

Das Friedensmuseum ist ein Ort der Friedenserziehung für Jugendliche und Erwachsene. Darüber hinaus ist das Friedensmuseum ein Ort der Begegnung für Friedensbewegte, die sich informieren und Informationen weitergeben wollen. Das Friedensmuseum wird in einer Dokumentation die Entwicklung der über 100-jährigen Geschichte des Pazifismus in Deutschland aufzeigen. Schwerpunkt der Ausstellung soll die Arbeit der Friedensbewegung seit 1945 in Nürnberg sein. Da Frauen besonders aktiv waren, soll dies entsprechend hervorgehoben werden.

Vor kurzem hat das Museum seine Räume wieder geöffnet. Während der Schließungszeit wurde das Museum etwas aufgefrischt und nun glänzt es wieder mit einer Ausstellung "Kunst im Friedensmuseum"

Die ausgestellten Kunstwerke stammen aus der Sammlung des Vereins Kunst für Frieden.

Mitarbeiter des Friedensmuseums werden uns durch die Ausstellung führen und die Exponate erläutern

Wir hoffen auf großes Interesse an der neuen Ausstellung im Friedensmuseum.

Vorankündigung

Mittwoch, 03.06.2009, 15:00 Uhr "Seniorenachmittag auf dem Berg" Im Schächtnerzelt wollen wir den Berg in netter SPD-60+Runde genießen.

Für den Vorstand grüßt
Hartmut Wiechert

Protokoll der Jahreshauptversammlung der AG 60plus des Kreisverbandes Erlangen am 25. März 2009

1. Aktuelles

Unsere Vorsitzende Helga Steeger konnte krankheitsbedingt leider nicht teilnehmen. Adi Albrecht begrüßte die Anwesenden, vor allem den neuen Kreisvorsitzenden Dieter Rosner. Entschuldigt waren urlaubsbedingt Inge und Helmut Aichele sowie Hartmut Wiechert. Der Vorstand von 60 plus hatte in seiner Sitzung am 25. Februar 2009 Vorschläge für die Neuwahlen abgestimmt.

In seinen Begrüßungsworten hob Dieter Rosner die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft nicht nur aus demografischen Gründen hervor und versprach die AG intensiv in die Parteilarbeit einzubinden.

2. Rechenschaftsbericht und Entlastung des Vorstands

Adi Albrecht berichtete über die wesentlichen Veranstaltungen und Aktivitäten der AG im vergangenen Jahr (der vollständige Bericht ist im Monatsspiegel Februar 2009 abgedruckt).

Unser Ziel ist es nach wie vor die Teilnehmerzahl an unseren Versammlungen deutlich zu erhöhen. Leider haben unsere Glückwunschschriften zum 60. Geburtstag mit der Bitte um Teilnahme nicht den gewünschten Erfolg. Die Idee auch Nichtmitglieder einzuladen und häufiger außerhalb des Hauses zu tagen wurde diskutiert, wobei die politische Arbeit nicht in den Hintergrund treten dürfe.

Der Vorstand wurde anschließend einstimmig entlastet.

3. Neuwahlen

Die Wahlleitung übernahm Dieter Rosner. In den Vorstand wurden per Akklamation für eine zweijährige Amtsperiode gewählt:

- Vorsitzende: Helga Steeger, einstimmig mit 7 Ja-Stimmen
- Stellvertretender Vorsitzender: Hartmut Wiechert, einstimmig mit 7 Ja-Stimmen
- Schriftführerin: Ruth Sych mit Wirkung vom 1.1.2010, einstimmig mit 7 Ja-Stimmen; in der Zeit bis zum 1.1.10 Wolfgang Schwerna kommissarisch
- Beisitzer/in: Inge Aichele, Helmut Aichele, Adi Albrecht

Vertreterin und Vertreter im Kreisvorstand sind Helga Steeger und Hartmut Wiechert, im GKV ist es Adi Albrecht. Alle Personen nahmen die Wahl an.

4. Verschiedenes

In Anbetracht der Verschiebung des Besuchs unserer 60plus-Kollegen aus Jena muss das weitere Arbeitsprogramm beim nächsten Treffen noch einmal aktualisiert werden.

Dieter Rosner berichtete über die geplanten Wahlveranstaltungen mit „Ber-

liner“ Beteiligung am 19. Mai (Müntefering) und am 31. Mai (Heil).

Für den Landesversammlung von 60plus am 2.4.09 in Nürnberg liegen von den einzelnen Bezirken zahlreiche Anträge vor, die Gisela Nowack uns zur Kenntnis brachte.

Der Vorschlag, der Seniorenbeirat solle im Stadtrat ein besonderes Stimmrecht bekommen, wurde dahingehend kommentiert, dass bereits ein besonderes Antragsrecht besteht.

Für das Protokoll
Wolfgang Schwerna

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zu unseren Sitzungen

- am 05. Mai gemeinsam mit dem Distrikt Innenstadt (siehe dort), 20 Uhr im „Orpheus“, Luitpoldstraße
- am 19. Mai um 20 Uhr im August-Bebel-Haus
- am 02. Juni voraussichtlich am „Berg“, genaueres folgt.

Sozialistische Grüße
Michelle Starck

Protokoll der Sitzung vom 21.4.09

o. Lesung

Die Lesung musste abgesagt werden, da kurzfristig der Raum nicht mehr zur Verfügung steht

Es wird einstimmig beschlossen, sie auf den Herbst zu verschieben und dafür auch einen anderen Raum zu suchen

1. Frauen

Elena referiert kurz über akademische Karrieren von Frauen

2. Allgemeines

- Maiflyer: Der Flyer soll überarbeitet werden: Woher wir kommen (Michelle), Gleichberechtigung (Elena), Gute Arbeit und Mindestlohn werden zusammengefasst (Katharina), Neu: Finanzkrise (Philipp), Mitbestimmung

fällt weg, Wer wir sind bleibt gleich; Layout: Philipp. Die Texte sollen bis Freitag bei Philipp sein

- 1. Mai: Treffpunkt: 9.30 Uhr am ABH, um die Fahnen zu holen
- Sitzung am 5.5.: Es wurde beschlossen, anstelle der Sitzung gemeinsam mit dem Distrikt Innenstadt eine Veranstaltung zu machen zum Thema europäische Privatisierungspolitik
- 14.5. Öffentliche KVM zum Thema Ware Bildung mit Prof. Jochen Krautz

3. Inhaltliches

- Da ein Selbstdarstellungsflyer erstellt werden soll, beschäftigen wir uns mit den Thesen des Juso-Bundesverbandes: Was ist heute links?
- Johanna stellt die Thesen 1-16 vor
- Bis zur nächsten Sitzung sollen die Thesen 17-36 gelesen werden und alle sollen darüber nachdenken, was davon auf den Flyer soll.
- http://www2.jusosberlin.de/uploads/fuer_linke_zukunft_fertig.pdf

4. sonstiges

- Es wird noch jemand gesucht, der/die zur Schuldiskussion am 28.4. gehen kann
- Es läuft das Filmfestival: über Macht - Kontrolle, Regeln, Selbstbestimmung
- Philipp berichtet kurz von der Landeskonferenz

Katharina Ullmann

■ Jusos

Vorsitzende:

Michelle Starck
Telefon: 0177-6001980
mitch_ave@yahoo.de



Bildung als Ware?

**Diskussionsveranstaltung mit
Prof. Jochen Krautz**

Donnerstag, 14. Mai 2009

20.00 Uhr

VHS, Großer Saal

Friedrichstr. 19

Erlangen

SPD